

Integration: „Alle müssen gleichbehandelt werden“

Die Flüchtlingszahlen sind zwar zurückgegangen. Aber es sei längst nicht alles gut, urteilte Innenminister Stefan Studt (SPD) am Montagabend. Die Anzahl der Flüchtlinge, die das Land bis Ende August 2016 aufgenommen habe, sei höher als im ganzen Jahr 2014.



Von Karen Schwenke
Artikel veröffentlicht:
Dienstag, 20.09.2016 20:00
Uhr
Artikel aktualisiert: Dienstag,
20.09.2016 20:24 Uhr

Angeregte Debatte und
aufmerksames Zuhören: Cebel
Küçükkaraca, Beate
Friedrichs-Heinemann, Bernd
Heinemann, Stefan Studt und
Jürgen Ströh (v. links).
Quelle: Frank Peter

Kiel. „Heute sind mehr Menschen auf der Flucht als vor ein, zwei Jahren. Für den Moment haben wir eine relative Ruhe, Zeit um uns neu zu sortieren, neu aufzustellen.“ Studt war auf Einladung von Landtagsvizepräsident Bernd Heinemann (SPD) zur 16. Kieler Ostuferrunde gekommen, um über „gelingende Integration“ zu sprechen. Ein Thema, das die Kieler noch lange beschäftigen wird, da waren sich alle einig.

In der Landeshauptstadt hat schon jetzt ein Viertel der Bevölkerung einen Migrationshintergrund, in Gaarden sind es 50 Prozent. „Es ist vielen nicht klar, was auf dem Ostufer los ist, und wie groß die Herausforderungen sind“, räumte Studt ein und fand weitere ernüchternde Worte: „Die Strecke, die wir vor uns haben, ist noch unendlich viel länger als das Zurückliegende.“

Am Ende der Diskussion gab es versöhnende Beiträge: „Kiel ist fantastisch und hat eine neue Zivilgesellschaft entwickelt“, schwärmte der Schulleiter des Regionalen Bildungszentrums (RBZ) Technik, Jürgen Ströh, in dessen Räumen diskutiert wurde. Er zeigte sich als Lokalpatriot: „Kiel ist sehr vorbildlich, vor allem, wenn ich das mit der anderen großen Stadt in Schleswig-Holstein vergleiche“, sagte er auch mit Blick auf Lübeck, wo im November die nächste Flüchtlingskonferenz des Landes stattfinden soll.

Auch Probleme wurden thematisiert

Zuvor wurden während der zweieinhalbstündigen Gespräche allerdings auch die Integrationsdefizite herausgearbeitet. So beklagte Cebel Küçükkaraca, Vorsitzender der Türkischen Gemeinde in Schleswig-Holstein mit Sitz in Gaarden, dass er im Kieler Alltag Rassismus und Gewalt wahrnehme. Es werde nicht unterschieden zwischen Islam und

Islamismus. „Der Putschversuch in der Türkei gegen Erdogan hat die Gräben noch vertieft“, klagt er.

Gewalt gehöre auch zur Realität an seiner Schule, berichtet Ströh. An diesen Konflikten seien häufig jugendliche Flüchtlinge beteiligt, die selbst Gewalt erfahren haben. Ströhs Lösung: „Wir verteilen die Flüchtlinge in homöopathischen Dosen, also nicht mehr als ein, zwei pro Klasse.“

Ein großes Problem ist Studt zufolge die Zwei-Klassen-Gesellschaft unter den Flüchtlingen: „Der Bund kümmert sich nur um den Teil der Menschen, die eine echte Bleibeperspektive haben oder am Ende einen positiven Bescheid bekommen. Aber was ist mit all denen, die ohne Bleibeperspektive bei uns sind oder wegen der Komplexität ihrer Prüfung sehr lange auf eine Entscheidung warten müssen?“, fragte der Innenminister und stellte fest: „Sie haben keine Ansprüche auf Integrations- und Sozialberatung und auf Sprachkurse.“ Dabei sei Sprache für die Integration elementar, so die einhellige Meinung.

Auch Kritik am Westufer

Beate Friedrichs-Heinemann, SPD-Ratsmitglied und Ehefrau Bernd Heinemanns, lobte das neue Konzept, nachdem Flüchtlingskinder zum Deutsch lernen statt auf bisher vier nun auf 30 Schulen im Stadtgebiet verteilt würden und so bessere Chancen hätten, sich in den Schulen zu integrieren. Sie gab aber auch zu, dass bisher gute Konzepte für die Alphabetisierung von Schülern, die in ihrer Heimat noch keine Bildung erfahren hatten, fehlten.

Eine Wortmeldung aus dem Publikum ließ aufhorchen. Eine Frau, die ehrenamtlich in Molfsee mit Flüchtlingen arbeitet, berichtete, dass große Integrationsprobleme nicht allein auf dem Ostufer bestünden, sondern auch in wohlhabenden Gemeinden und Stadtteilen mit geringerem Migrantenanteil. „Die Flüchtlingskinder bleiben überall unter sich und haben kaum Kontakt zu Deutschen. Wir brauchen Akteure, die die Schüler ganz konkret an die Hand nehmen, sie in Sportvereine bringen und zu Verabredungen. Doch wer soll das leisten? Die deutschen Eltern haben schon mit sich genügend zu tun“, sagt sie.

Auch Ströh hat beobachtet, dass seine Schüler kaum Zugang zu jugendlichen Peergroups hätten. Den Flüchtlingen fehle es an allem Möglichen, und man sei fast gewillt, ihnen mehr Rechte und Hilfen einzuräumen. Aber es sei es wichtig, dass sie keinen Sonderstatus erhielten: „In unserer Gesellschaft müssen alle gleichbehandelt werden, sonst sinkt die Akzeptanz.“

<http://www.kn-online.de/News/Nachrichten-aus-Kiel/16.-Kieler-Ostuferrunde-zur-Integration-Alle-muessen-gleichbehandelt-werden>